

## Resolution "Wachstumspolitik für die KMU"

*Verabschiedet am Schweizerischen Gewerbekongress vom 23. Mai 2012 in Bern*

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Die Schweizer Wirtschaft hat sich gegenüber den Turbulenzen auf den Weltmärkten als sehr resistent erwiesen. Dank Flexibilität und Innovation erwirtschaften gerade die KMU, die zwei Drittel aller Arbeitsplätze stellen und 70 Prozent aller Lernenden ausbilden, eine hohe Wertschöpfung und tragen massgebend zum Wohlstand des Landes bei. Es kann daher nicht angehen, dass gerade die KMU mit immer mehr administrativem Aufwand und zusätzlichen Kosten belastet werden.

Damit die Schweizer KMU ihr Potential auch in Zukunft voll entfalten können, müssen die Regulierungskosten markant gesenkt und staatliche Fesseln abgebaut werden. Der sgv verlangt deshalb weitere Deregulierungen, die in ein marktwirtschaftliches Wachstumsprogramm einzubetten sind. Die Schweizer KMU können im globalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn ihnen der Staat optimale Rahmenbedingungen verschafft und sichert. Ein unternehmensfreundliches Steuer- und Gebührensystem ist dabei ebenso unerlässlich wie optimale Bedingungen für die Bildung und die Bereitstellung von Verkehrs- und Energieinfrastrukturen. Der Staat muss sich bei all diesen Aufgaben stets unternehmerisch verhalten. Die Effizienzgewinne sind mittels Steuer- und Gebührenreduktion der Wirtschaft weiter zu geben, was diese wiederum innovativer und wettbewerbsfähiger macht.

Damit die Schweizer KMU-Wirtschaft ihre Spitzenposition in einem ökonomisch schwierigen Umfeld weiter ausbauen kann, verabschieden die Delegierten des Schweizerischen Gewerbekongresses 2012 die vorliegende Resolution mit folgenden Forderungen:

- **Schluss mit ständigen Zusatzbelastungen unserer KMU – Senkung der Gebühren um 10 Prozent bis 2018;**
- **Schluss mit der Diskriminierung – 400 Millionen Franken Investitionen in die Höhere Berufsbildung;**
- **Schluss mit Staatsinterventionismus – Abbau der Staatsquote um 5 Prozent bis 2018;**
- **Schluss mit Ressourcenverschwendung – Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen um 2 Prozent pro Jahr;**
- **Schluss mit Defiziten und Verschuldung – Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialwerke;**
- **Schluss mit Schuldenwirtschaft – durch Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik die Leistungen den Mitteln anpassen;**
- **Schluss mit Verdrängung von Fachgeschäften – Wiederbelebung der Stadt- und Ortskerne;**
- **Schluss mit hohen Staukosten für unsere KMU – freie Wahl des Verkehrsmittels und zügiger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur;**
- **Schluss mit staatlicher Kontrollbürokratie – Weiterführung der Personenfreizügigkeit**
- **“JA zur Schweiz – hier kaufe ich ein“.**